

# Klar

## BURGDORF

Ausgabe 2/2008



Als Kunde der Stadtwerke muss ein Burgdorfer Durchschnittshaushalt allein fürs Gas im nächsten Jahr rund 420 Euro mehr zahlen. Hinzu kommen drastisch gestiegene Stromkosten.



**Liebe Leserin, lieber Leser,**

in Burgdorf liegt zwar nicht das Bankenzentrum, aber die Auswirkungen der Bankenkrise betreffen auch diese Stadt. Obwohl die Weltwirtschaft vor der schwersten Krise seit Jahrzehnten steht, macht der Burgdorfer Stadtrat weiter wie bisher. Die Ratsherren und Ratsfrauen geben viele Millionen für ein fragwürdiges Gewerbegebiet – bezahlt vor allem mit Krediten. Statt gerade jetzt, wo die Steuereinnahmen noch sprudeln, Geld für die kommenden schlechten Zeiten zurückzulegen, macht der Rat für dieses Gewerbegebiet hohe Schulden. Gleichzeitig sparen die Ratsleute an sozialen Aufgaben und erlauben den Burgdorfer Stadtwerken, die Strom- und Gaspreise unverschämt zu erhöhen. Diese Ausgabe von Klar.Burgdorf berichtet nicht nur darüber.

Viel Spaß beim Lesen!

Michael Konieczny  
Vorsitzender DIE LINKE.Burgdorf

## Gaspreise auf Rekordhöhe Ratspolitiker sind völlig schmerzfrei

Die Burgdorfer Stadtwerke greifen den Bürgerinnen und Bürgern tief in die Tasche. Obwohl die Ratsvertreter in der Gesellschafterversammlung die Mehrheit haben, nickten sie die Erhöhung der Gaspreise zum 1. September um satte 16 Prozent kritiklos ab. Einen Ratsantrag von Michael Fleischmann (Linksbündnis), der Erhöhung nicht zuzustimmen, bezeichneten die Ratsfrauen und -herren als „populistisch“. Man wolle die Stadtwerke nicht in den Ruin treiben, hieß es. Ein falsches Argument, denn die Stadtwerke würden selbstverständlich nicht Pleite gehen, wenn sie diese Preiserhöhung nicht mitgemacht hätten. Der Mitgesellschafter der Burgdorfer Stadtwerke, der Atomkonzern E.on, hat vergangenes Jahr höchste Gewinne erzielt. Wegen der Preisgestaltung wird gegen E.on ermittelt.

### Pure Abzocke

Wer gedacht hatte, mit der Preiserhöhung zum 1. September sei es getan, sieht sich eines Besseren belehrt: Zum 1. November sind die Gaspreise abermals gestiegen, diesmal um 11,5 Prozent – die zweite Erhöhung innerhalb von nur zwei Monaten. Ein durchschnittlicher Burgdorfer Haushalt muss zusammen mit dieser zweiten Preiserhöhung pro Jahr rund 420 Euro mehr berappen. Immer mehr Burgdorferinnen und Burgdorfer müssen deshalb im Winter in kalten Wohnungen sitzen, und auch den Strom können sie nicht mehr bezahlen. Anfang dieses Jahres erhöhten die Stadtwerke den Strom-

preis um über 30 Prozent – wie üblich mit den Stimmen der Ratsherren, die in der Gesellschafterversammlung sitzen (siehe Kasten). „Diese Herren sollten nicht vergessen, dass sie nur in der Gesellschafterversammlung sitzen, weil sie von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Burgdorf in den Rat gewählt worden sind“, betont Michael Fleischmann.

### Sozialtarife abgelehnt

Einen Antrag des LINKSBÜNDNISSES, für Arbeitslose und Geringverdiener einen Sozialtarif bei Strom und Gas einzuführen, schmetterte der Burgdorfer Rat ebenfalls ab. Dafür wollen die Ratsfrauen und -herren kein Geld geben. Gleichzeitig pumpt der Rat aber allein dieses Jahr mehrere Millionen Euro in das neue „Gewerbegebiet Nordwest“. Es soll am Ortsausgang in Richtung Schillerslage mitten im Trinkwasser-Einzugsgebiet des Burgdorfer Wasserwerks entstehen.

### Diese Ratspolitiker sitzen in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke und beschließen dort die hohen Energiepreise:

Bürgermeister Alfred Baxmann (SPD)  
Gerald Hinz (SPD)  
Adolf W. Pilgrim (SPD)  
Dr. Holger Zielonka (SPD)  
Barthold Plaß (CDU)  
Paul Rohde (CDU)  
Dieter Lüddecke (FDP)  
Kurt-Ulrich Schulz (WGS)

# Mitten drin, statt außen vor!

## Der Region Hannover Pass für Arbeitslose und Geringverdiener



DIE LINKE in der Region Hannover setzt sich auch außerhalb der Parlamente für die Belange der Menschen ein.

In Göttingen gibt es ihn bereits: Den Sozialpass, mit dem Arbeitslose und Geringverdiener ermäßigten oder sogar freien Eintritt in Schwimmbädern, Theatern, Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen erhalten. Drei Jahre lang hat die Göttinger LINKE gemeinsam mit Initiativen und Betroffenen dafür gekämpft. Das berichtet der linke Landtagsabgeordnete und Göttinger Ratsherr

sich aus der Opposition heraus nicht viel bewegen. Deshalb brauchen wir Euch“, appelliert er an die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

### Menschen mit wenig Geld auch vor Ort helfen

Auch in der Region Hannover und in Burgdorf will DIE LINKE Menschen mit wenig Geld unter die Arme greifen. Sie fordert beispielsweise das Sozialticket,

### Leistungen des Region Hannover Passes

- Ein Sozialticket für Busse und Bahnen zu einem Preis, der sich am Regelsatz von Hartz IV für Verkehrsleistungen in Höhe von 16,05 Euro orientiert.
- Sozialtarife bei Strom und Gas.
- Ein ausreichender Betrag zum Erwerb von Schulmaterialien.
- Kostenloses Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen.
- Kostenlose Kindertagesbetreuung.
- Ermäßigter Eintritt in die kommunalen Schwimmbäder.
- Kostenlose Bibliotheks- und Büchereiausweise.
- Ermäßigter Eintritt in den Zoo Hannover und freier Eintritt für alle Kinder aus der Region Hannover.
- Ein festgelegtes Kartenkontingent an ermäßigten Karten für Oper und Theater.
- Ermäßigter Kinoeintritt für Kinder.
- Freier Eintritt in Museen.
- Ermäßigte Mitgliedsbeiträge in (Sport-)Vereinen.
- Freier Eintritt in die Gärten und Parks der Stadt Hannover (z.B. Herrenhäuser Gärten).
- Ermäßigung bei Kursen der Volkshochschule und anderen Bildungseinrichtungen.



Patrick Humke-Focks, MdL DIE LINKE, und Sebastian Wertmüller, DGB, diskutieren über den Region Hannover Pass.

Patrick Humke-Focks auf einer Anhörung im hannoverschen Rathaus. „Ohne die Initiativen, Verbände und Betroffenen lässt

damit Arbeitslose und Geringverdiener mit Bussen und Bahnen fahren können. Bisher fehlt ihnen dafür schlicht das Geld. Auch einen Sozialtarif für den Bezug von Strom und Gas will DIE LINKE mit dem Sozialpass kombinieren (siehe Kasten). Der Name „Sozialpass“ sei allerdings nicht angemessen, da er zu diskriminierend klingt, betont Sebastian Wertmüller, Vorsitzender des DGB Niedersachsen-Mitte, auf der Anhörung im hannoverschen Rathaus. Deshalb schlägt DIE LINKE den Namen Region Hannover Pass vor. Die

entsprechenden Ausweise sollen allen Empfängern von staatlichen Leistungen ohne extra Antrag zugeschickt werden.

### Wer soll den Region Hannover Pass erhalten?

- Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten.
- Personen, die Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz erhalten.
- Personen, die den Kinderzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz beziehen.
- Personen, die Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz beziehen.
- Personen, die in einem Alten- bzw. Pflegeheim oder in einer Eingliederungseinrichtung wohnen und lediglich einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung erhalten.
- Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.
- Geringverdiener, deren Einkommen unterhalb der von der Europäischen Union festgelegten Armutsgrenze liegt, derzeit sind das monatlich 781 Euro.

### IMPRESSUM

V. i. S. d. P. : Michael Konieczny  
Redaktion: Michael Fleischmann  
Layout: Markus Hintze  
Herausgeber:  
DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf  
c/o Michael Konieczny  
Dammgartenfeld 19 a  
31303 Burgdorf

Auflage: 5.000 Exemplare

## Gewerbe im Trinkwasser-Gewinnungs-Gebiet

Der Rat pumpt viele Millionen in ein neues Gewerbegebiet im Nordwesten Burgdorfs. Dieses „Gewerbegebiet Nordwest“ erstreckt sich am Ortsausgang in Richtung Schillerslage von der Bundesstraße 443 bis zu den Bahnschienen. Allein in den Ankauf von Grundstücken flossen dieses Jahr bereits mehr als vier Millionen



Unter diesen Wiesen und Äckern lagert das Burgdorfer Trinkwasser. Der Rat gibt viel Geld, um hier Gewerbe anzusiedeln.

Euro. Weitere millionenschwere Ausgaben werden in den nächsten Jahren

fällig. Für dieses neue Gewerbegebiet häuft die Stadt nicht nur viele Schulden

an, das Geld fehlt auch für soziale Aufgaben. Die Millionen fließen außerdem in ein Gewerbegebiet, das im Trinkwasser-Gewinnungs-Gebiet des Burgdorfer Wasserwerks liegt – obwohl laut neuem Recht der Europäischen Union die Stadt kaum noch Kontrollmöglichkeiten hat. Im Zweifel kann sie den Unternehmen nicht mehr vorschreiben, wie Umweltauflagen einzuhalten sind. Wo bleibt der Trinkwasserschutz? DAS LINKSBÜNDNIS

hält dieses Gewerbegebiet deshalb für unverantwortlich.

## Weststadt: Anwohner verhindern Fastfood-Restaurant

Im Gewerbegebiet An der Mösch sollte nach dem Willen des Bürgermeisters und einiger anderer Verantwortlicher im Rathaus ein Fast-Food-Restaurant entstehen. Um eine Bedingung des Investors zu erfüllen, haben sie dafür extra eine Linksabbiegespur genehmigt. Das Fast-Food-Restaurant mit einem Autoschalter sollte auch nachts geöffnet werden. Die

Auswirkungen für die südliche Weststadt lagen auf der Hand: Lärm, Müll und nachts wenig Schlaf. Viele Anwohnerinnen und Anwohner fürchteten außerdem eine Wertminderung ihrer Häuser. Außerdem wäre der Platz für einen Lebensmittelmarkt weg gewesen, den die südliche Weststadt dringend benötigt. Aus diesen Plänen wurde allerdings nix. Nach Pro-

testen aus der Bevölkerung begruben Bürgermeister, Verwaltung und Politik ihr Vorhaben und lehnten die erforderliche Linksabbiegespur wieder ab. Eine Hintertür ließen sie sich allerdings offen: Den Antrag des LINKSBÜNDNISSES, das Fast-Food-Restaurant an dieser Stelle per Beschluss auszuschließen, lehnten alle anderen Parteien Stadtrat ab.

## Weihnachtsfest für alle!

### Antrag auf Beihilfe für Hartz-IV-Empfänger im Rat

Früher erhielten Sozialhilfeempfänger 80 Euro Weihnachtsbeihilfe. Seit SPD und Grüne mit den Hartz-Gesetzen die Beihilfe abgeschafft haben, fällt auch für Burgdorfer Hartz-IV-Empfänger Weihnachten flach. Die Verantwortlichen in der kleinen Gemeinde Witzwort im Kreis Nordfriesland sprangen in die Bresche und zahlten im vergangenen Jahr diese 80 Euro an Bürgerinnen und Bürger mit wenig Geld. Was sich das 1.000 Seelendorf Witzwort leisten kann, das kann sich auch die Stadt Burgdorf leisten! Ratscherr Michael Fleischmann (Linksbündnis) hat

deshalb zum zweiten Mal beantragt, armen Burgdorferinnen und Burgdorfern zu Weihnachten 80 Euro zu zahlen. Vergangenes Jahr zeigten die anderen Parteien im Rat diesem Antrag die kalte Schulter und meinten, dass sei nicht bezahlbar. Das ist grober Tobak. Die menschliche Geste kostet die Stadt nur rund 70.000 Euro – ein Peanutsbetrag im Vergleich zu den vielen Millionen, die der Rat dieses Jahr allein für den Ankauf von Gewerbegrundstücken ausgegeben hat.

### Kein Kontakt zum LINKSBÜNDNIS?

◀ Einige Leserinnen und Leser der vergangenen Ausgabe von Klar.Burgdorf haben vergeblich versucht, mit dem LINKSBÜNDNIS.Burgdorf Kontakt aufzunehmen. Dafür bitten wir um Entschuldigung. Der Grund war der Umzug von Michael Konieczny in die Südstadt. Leider hat der Nachmieter in der Friederickenstraße später eintreffende Adresscoupons nicht an Michael weitergeleitet. Deshalb unsere Bitte: Versuchen Sie es noch einmal mit dem Coupon dieser Ausgabe, und Sie erhalten garantiert Antwort!



# Sozialticket für Busse und Bahnen vor dem Ausbrechen SPD und Grüne ein Wahlversprechen?

Mehr als 100.000 Arbeitslose in der Region Hannover können die hohen Bus- und Bahn-Fahrpreise nicht mehr bezahlen. Sie sind deshalb vom Grundrecht auf Mobilität abgeschnitten. Das ist das Ergebnis einer Studie zur Nutzung von Bussen und Bahnen durch Arbeitslose



**Normale Bus- und Bahn-Fahrscheine können Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger nicht mehr bezahlen.**

und Sozialhilfeempfänger. Immerhin 32.000 von 146.000 Betroffenen kaufen sich eine Monats- oder Jahreskarte. Das Geld dafür müssen sie sich allerdings

vom Munde absparen: Die Karten kosten je nach Tarifzone und Geltungsdauer zwischen 40 Euro und 82 Euro, und der Hartz-IV-Regelsatz sieht dafür nur 16,05 Euro im Monat vor. Mit insgesamt 40 Millionen Euro erhalten Deutsche Bahn, RegioBus und Üstra bereits jetzt 21 Prozent ihrer Einnahmen von den Armen. Eigentlich ein Skandal, aber Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) lehnt genau deshalb das Sozialticket ab – gemeint ist ein preiswerter Bus- und Bahn-Fahrschein für Arbeitslose und Geringverdiener. Der würde angeblich zu viel kosten.

## Zweifelhafte Studie

Bei einem Preis von 20 Euro für das Sozialticket müsste die Region Hannover 21 Millionen Euro geben, haben die Verfasser der Studie ausgerechnet. DIE LINKE bezweifelt dieses Ergebnis, weil die Studie nicht auf einer repräsentativ ausgewählten Stichprobe beruht.

Auch im Vergleich zu den Städten, wo es das Sozialticket bereits gibt, sind die Kosten viel zu hoch gegriffen. Die Stadt Köln beispielsweise muss dieses Jahr nur rund 2,8 Millionen Euro zahlen, obwohl dort rund 175 000 Menschen zur Berechtigengruppe gehören – knapp 30.000 mehr als in der Region Hannover. Als Gründen nennen die Verantwortlichen in Köln: Menschen mit wenig Geld nutzen Busse und Bahnen durch das Sozialticket deutlich mehr. Außerdem gebe es deutlich weniger Schwarzfahrer.

## SPD und Grüne spielen auf Zeit

SPD und Grüne in der Region Hannover sperren sich bisher gegen das Sozialticket, obwohl sie dieses den Wählerinnen und Wählern vor der Landtagswahl lautstark versprochen haben. Sie spielen auf Zeit und planen eine Anhörung mit Vertretern aus Städten, die das Sozialticket bereits eingeführt haben. DIE LINKE wird weiter Druck machen.

# Lagerhallen-Flair in der Innenstadt

Der Lebensmittelmarkt am Schützenplatz ist nicht nur überflüssig, weil Edeka und Aldi um die Ecke liegen und Edeka an der Uetzer Straße nicht weit ist. Der Rewe-Großmarkt verbreitet auch den Charme einer Lagerhalle. Die breiten, lieblos wirkenden langen Mauern ohne Fenster erinnern an ein Gebäude aus einem Gewerbegebiet. Der sogenannte City-Markt verunstaltet ganz einfach das Stadtbild. Früher standen an dieser Stelle ein altes Mehrfamilienhaus und viele Bäume. Gegen die Stimme von Michael Fleischmann (Linksbündnis) haben alle anderen Parteien im Rat den Rewe-Einkaufsmarkt genehmigt. Dadurch gibt es jetzt weniger kostenlose Dauerparkplätze auf dem Schützenplatz. Außerdem hat Rewe den Minimal-Markt in der Gartenstraße aufgegeben. Bewohnerinnen und Bewohner der Nordoststadt können deshalb vorerst nicht mehr vor ihrer Haustür einkaufen.



Die lieblos wirkende Architektur des „City-Marktes“ passt eher in ein Gewerbegebiet als in die Burgdorfer Innenstadt.

**Diesen Abschnitt bitte ausschneiden und einsenden an:**

**DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf,  
c/o Michael Konieczny  
Dammgartenfeld 19 a  
31303 Burgdorf**

Oder kopieren und faxen an: 05 136/920 22 07  
E-Mail: mfleischmann@comlink.org oder Mi\_cha@t-online.de

Ich möchte weitere Informationen  
Ich interessiere mich besonders für:

.....  
.....  
.....

- Laden Sie mich bitte zu Ihrer nächsten Veranstaltung ein
- Halten Sie mich über Ihre Arbeit auf dem Laufenden
- Ich brauche Beratungshilfe wegen Hartz IV
- Ich möchte Mitglied werden

Meine Daten:  
Name:.....  
Adresse:.....  
E-Mail:.....  
Tel.:.....

